

„Mehr Demokratie wagen“

Der Verein Kassel-West starten Initiative für mehr Transparenz und politische Teilhabe

VON CHRISTINA HEIN

KASSEL. „Politische Teilhabe beginnt mit Information“, sagt Martin Schmitz, der Vorsitzender des Vereins Kassel-West. Der Verein startet deshalb jetzt die Initiative „Mehr Demokratie wagen“.



Andreas Schmitz

„In Teilen der Bevölkerung gibt es den großen Wunsch nach mehr Mitbestimmung und Partizipation.“

Der erste Schritt und die Voraussetzung für Transparenz und Teilhabe sei der offene, ungefilterte Zugang zu Informationen. Hier biete das Internet eine „hervorragende Möglichkeit“.

Verkehrsplaner Schmitz ist der Meinung, dass in Kassel in Sachen Transparenz „erheblicher Nachholbedarf“ besteht. Dabei gebe es genügend Positives: „Die Beispiele Goethestraße und Friedrich-Ebert-Straße zeigen, dass offene, transparente Beteiligungsprozesse von einer engagierten Bevölkerung aufgenommen werden“, sagt Steffen Müller (Grüne), Ortsvorsteher vom Vorderen Westen.



Transparenz und Akzeptanz: Sogar ein Stadtbüro für Anwohner und andere gab es an der Friedrich-Ebert-Straße für die gesamte Zeit der Bauarbeiten.

Archivfoto: Fischer

Sein Stellvertreter Mario Lang (SPD) ergänzt, dass breit angelegte Beteiligungsprozesse zu guten Ergebnissen führten: „Im Bereich der beiden Straßen hat die Stadt zukunftsweisend gehandelt und beteiligt.“

Eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung, auch während langer Durchführungszeiten, müsse keine Ausnahme sein. Die Initiative zeigt fünf Bau-

steine für mehr Transparenz in der Kommunalpolitik auf:

- **Einstellung von Sitzungsvorlagen der Ortsbeiräte und die Antworten der Verwaltung auf Beschlüsse und Anfragen im Internet**

Schmitz kommentiert: „Dies wird bei Dokumenten der Stadtverordnetenversammlung schon praktiziert.“

- **Veröffentlichung von Bauabwägungsplänen schon während der Auslegung im Internet**

Beim Regierungspräsidium oder beim Zweckverband Raum Kassel wird dies praktiziert.

- **Veröffentlichung aller Gutachten im Internet**

Schmitz: „Der erste Schritt ist die Veröffentlichung der Vergabe von Aufträgen. Es würde ausreichen, wenn kurze Angaben zu Inhalt und Zweck und der Fertigstellungstermin des Gutachtens veröffentlicht werden.“

- **Frühzeitige Information von Vorhaben**

In Gießen wurde eine Bürgerbeteiligungssatzung beschlossen, deren wesentlicher Baustein die frühzeitige Infor-

mation über Projekte, zum Beispiel Bauvorhaben, auf einer Internetplattform ist.

- **Kommunale Informationsfreiheitsatzung**

Durch eine Informationsfreiheitsatzung haben Bürger das Recht, alle in der Stadt vorhandenen Informationen einzusehen, ausgenommen Unterlagen mit Schutzbedürfnis wie Personalakten und Geschäftsgeheimnisse.

In Bayern gibt es eine Informationsfreiheitsatzung in mehr als 60 Städten und Gemeinden in Hessen unter anderem in Frankfurt, Alsfeld, und dem Landkreis Waldeck-Frankenberg.

„In Kassel wird seit Oktober 2012 über das Thema diskutiert“, sagt Schmitz. Ein entsprechender Antrag von SPD und Grünen war im Oktober 2013 von der Stavo verabschiedet worden. Seitdem werde die Umsetzung geprüft.

Der Aufruf „Mehr Demokratie wagen“ ist auf der Internetseite von Kassel-West in Langfassung zu lesen.

Foto: privat/nh



„Goetheboulevard“: Dem Umbau der Goethestraße war eine breite Bürgerbeteiligung vorausgegangen.

Foto: Koch

www.vorderer-westen.net